

Argumente zur Bundestagswahl 2017 aus kommunaler Sicht

(Langfassung)

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK
Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK

Zeit für mehr Gerechtigkeit: Deutschland kann mehr

Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise, die den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Heimat und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten. Deshalb stärkt die SPD die Kommunen und macht sie zu handlungsfähigen Partnern von Bund, Ländern und Europa. Die SPD ist die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert.

Die SPD ist die vermittelnde Kraft, damit die staatlichen Ebenen zusammenwirken, um allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Kooperation und gleichwertige Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft und hohe Lebensqualität. Die SPD und Martin Schulz setzen sich für die Solidarität zwischen allen Teilen Deutschlands ein. CDU/CSU stehen für einen Wettbewerbsföderalismus, der die Starken und Reichen bevorteilt.

Wir benennen 10 Argumente, die aus kommunaler Sicht dafür sprechen, bei der Bundestagswahl 2017 die SPD und Martin Schulz zu wählen:

1. Nur mit der SPD können wir damit rechnen, dass die Finanzausstattung der Kommunen verbessert wird, die finanzielle Entlastung der Kommunen von Sozialkosten fortgesetzt, die Investitionskraft der Kommunen nachhaltig gestärkt und Altschulden abgebaut werden.

Es war die SPD, die bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode die Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Vermittlungsausschuss durchgesetzt hatte. Und alle weiteren Entlastungen der Kommunen genauso wie die Auflage der Förderung kommunaler Investitionen in dieser Legislaturperiode sind nur auf Initiative der SPD zustande gekommen.

Wenn die SPD nicht mehr an der Regierung beteiligt sein sollte, droht eine neue Diskussion über die Abschaffung der Gewerbesteuer und den Rückzug des Bundes aus der Förderung kommunaler Investitionen. Nur Martin Schulz und die SPD stehen für eine klare Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen, gerade auch in die kommunale Infrastruktur. Hört man auf die Wirtschaftsfreunde in CDU und CSU geht es nur um die Förderung privater Investitionen durch Umverteilung zugunsten der Unternehmen und der Reichen in der Gesellschaft.

2. Die Kommunen erhalten von einer SPD-geführten Bundesregierung die erforderlichen Mittel, um die Kitas weiter zu verbessern und kostenfrei zu machen.

Es ist der SPD und ihrer Familienministerin Manuela Schwesig zu verdanken, dass der Bund in der laufenden Legislaturperiode zum weiteren Ausbau und Betrieb der Kitas seine Mittel noch einmal deutlich erhöht hat. Dabei konnte auch das allein von der CSU gewollte „Betreuungsgeld“ abgeschafft werden und die Mittel für neue Kitaplätze genutzt werden.

Die SPD steht für eine moderne und gerechte Familien- und Gleichstellungspolitik. Martin Schulz will massiv in den Ausbau von Kitas und Schulen investieren, damit der Ganztags-Einzug halten kann. Martin Schulz tut etwas gegen die Betreuungslücke von Grundschulkindern.

3. Die SPD wird das begonnene Schulsanierungsprogramm des Bundes fortsetzen und zu einem Schulmodernisierungsprogramm ausweiten. Die SPD steht für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulangeboten.

Nur durch den Einsatz der SPD konnte in diesem Jahr mit dem zweiten Investitionsprogramm des Bundes zur Förderung finanzschwacher Kommunen zugleich das Kooperationsverbot so gelockert werden, dass dieses Programm zu einem Schulsanierungsprogramm geraten kann.

Dieser Weg wird mit der CDU/CSU kaum fortzusetzen sein, da sie an dem Kooperationsverbot festhalten und eine Mitfinanzierung des Bundes in Bildungsfragen verhindern wollen. Deshalb brauchen wir Martin Schulz und die SPD, um eine nationale Bildungsallianz zwischen Bund und Ländern auf den Weg zu bringen.

4. Die SPD wird die Kommunen zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen stärken und älteren Menschen die erforderlichen Hilfen zukommen lassen.

Es waren die CDU/CSU geführten Bundesländer, die eine Stärkung der Kommunen im Rahmen der verabschiedeten Pflegestärkungsgesetze in dieser Legislaturperiode verhindert haben. Nur mit der SPD werden wir die Kommunen stärken, damit sie die dafür notwendigen Pflegestrukturen planen und gemeinsam mit der Pflegeversicherung entwickeln können.

CDU/CSU favorisieren die Mechanismen des freien Marktes, der allein nur die Bedürfnisse der Zahlungskräftigen absichern kann. Schließlich sind es die Kommunen, die schon heute umfassende Erfahrungen und Zuständigkeiten im Bereich der Altenhilfe, der Pflege sowie der Vorhaltung sozialer Dienstleistungen haben und so prädestiniert sind, ein Angebot an passgenauen Dienstleistungen für Hilfebedürftige zu entwickeln.

Nur mit der SPD und Martin Schulz werden wir es schaffen, in der alternden Gesellschaft alle Menschen bei ihrer eigenständigen Lebensführung zu unterstützen und eine umfassende Teilhabe am Alltag zu ermöglichen.

5. Die SPD wird verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht. Städte und Gemeinden werden weiterhin bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit unterstützt werden.

Die laufende Legislaturperiode war durch die besonders starke Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vor allem im Jahr 2015 geprägt. Die SPD hat sich von Anfang 2015 an dafür eingesetzt, dass der Bund sich an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme beteiligt. Die CDU/CSU ist erst nach Monaten der Überzeugungsarbeit auf diesen Kurs eingeschwenkt. Im Juni 2015 gab es schließlich den Beschluss, dass der Bund sich dauerhaft an den Kosten beteiligt.

Es ist auch der SPD zu verdanken, dass der Druck auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlingsfragen, die Asylverfahren zu ordnen und zu beschleunigen, allmählich zu verbesserten Abläufen geführt hat. Noch immer fehlen allerdings ausreichende Integrationskurseangebote und eine bessere Verknüpfung zur Integration der Geflüchteten mit Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt.

Von der SPD wissen wir, dass sie die besondere Belastung der Kommunen durch die mit der Zuwanderung verbundenen Lasten anerkennt und sich für eine entsprechende Kompensation der Kosten einsetzt. So beteiligte sich der Bund mit einer Pauschale an den kommunalen Kosten der Erstunterbringung und hat die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber komplett übernommen. Die SPD steht für die notwendigen Anschlussregelungen ab 2019.

6. Mit Martin Schulz werden wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit neuen Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen.

Das SGB II darf sich nicht zu einem Verwahrsystem für Bedürftige entwickeln. Es ist von Ausgaben zu entlasten und instrumentell so zu ertüchtigen, dass auch Menschen mit schwerwiegenden Leistungshemmnissen zur Teilhabe am Erwerbsleben befähigt werden können. Dazu bedarf es mehr Mittel für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser. Dafür sollte ein Passiv-Aktiv-Tausch ermöglicht werden.

Mit der CDU/CSU ist es nicht gelungen die für eine soziale Arbeitsmarktpolitik erforderlichen Mittel zu mobilisieren. Es braucht die SPD, um sich diesem gesellschaftlichen Thema zu widmen und neue Perspektiven für die Betroffenen zu entwickeln.

7. Die SPD wird in einer Innovationsallianz mit Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam die ständige Weiterentwicklung der Unternehmen in der Digitalisierung befördern und neue Impulse durch „Start-Ups“ unterstützen.

Die Wirtschafts- und Industriepolitik der SPD setzt auf die regionalen Innovationskräfte und unterstützt den Umbau unserer Wirtschaft im Rahmen des Klimaschutzes und der notwendigen Energie- und Verkehrswende.

Die SPD sorgt für den notwendigen Infrastrukturausbau für die sich weiter ausbreitende Digitalisierung aller gesellschaftlichen Felder. Mit der SPD wird der zügige Ausbau einer flächendeckenden hochleistungsfähigen glasfaserbasierten Breitbandversorgung bis in die Gebäude beschleunigt werden.

8. Die SPD wird nach Ende des Solidarpaktes in 2019 ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen. Dazu gehört, dass wir nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 ein gesamtdeutsches System zur Förderung strukturschwacher Regionen schaffen.

Martin Schulz will ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen, welches als zentrales Element ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen enthält. Dieses zielt darauf ab, deren wirtschaftliche Entwicklung, regionale Innovationspotenziale und die örtliche Infrastruktur zu stärken.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich ebenfalls dazu verpflichtet, ein umfassendes effektives Fördersystem auf Basis einheitlicher Kriterien zu schaffen. Hierzu sollen auch die bestehenden Gemeinschaftsaufgaben weiterentwickelt und an den Förderbedarf angepasst werden.

9. Die SPD wird sich auch nach 2019 im Bund für die Soziale Stadt mit einer funktionierenden sozialen Wohnraumförderung und die Städtebauförderung einsetzen und alle unterstützen, die sich für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum einsetzen.

Es ist der SPD in dieser Legislaturperiode zu verdanken gewesen, dass der Bund die den Länder zur Verfügung gestellten Mittel für die soziale Wohnraumförderung bis einschließlich 2018 um mehrere Milliarden Euro erhöht hat. Nur die SPD hat sich bisher dazu bekannt, dass sie auch nach 2018 den Bund weiterhin mit in der Verantwortung sieht, die Rahmenbedingungen für einen verstärkten Wohnungsbau und dessen Bindung an bezahlbare Mieten zu schaffen.

Ohne die SPD wäre auch die Städtebauförderung mit ihren vielfältigen am Bedarf der Städte und Gemeinden orientierten Teilprogrammen nicht in dem Maße wieder ausgebaut worden. Die Mittel wurden 2014 von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen erhöht. Mit dem Haushalt 2017 wurde eine weitere jährliche Erhöhung um 300 Millionen Euro beschlossen. Es war die schwarzgelbe Koalition, die zuvor die Städtebauförderung zusammengestrichen hatte und das Teilprogramm „Soziale Stadt“ abschaffen wollte.

Die SPD ist Garant für die Unterstützung einer sozial orientierten Stadtentwicklungspolitik in unseren Kommunen. Sie steht für eine gute Nachbarschaft und sozialen Zusammenhalt.

10. Die SPD wird in einem Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität für eine Verkehrswende sorgen, mit der wir den ÖPNV attraktiver machen und die Infrastruktur verbessern.

Mit der Verkehrswende wird der Einsatz von neuen schadstofffreien Antriebstechnologien einhergehen. Um diese Entwicklung zu unterstützen, wird die SPD insbesondere den Öffentlichen Personennahverkehr modernisieren. Die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs bedarf einer finanziellen Absicherung. Die SPD hat sich in ihrem Regierungsprogramm dazu bekannt, für den Erhalt und den Ausbau der kommunalen Straßen sowie den Erhalt und den Ausbau eines barrierefreien ÖPNV die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung zu stellen und dem Bedarf anzupassen.

Die SPD wird verhindern, dass es im ÖPNV zu Sozialdumping und zur Zerschlagung kommunaler Unternehmen kommt. Dafür wollen wir das Personenbeförderungsgesetz ändern. Die CDU/CSU hat diese Änderung des Personenbeförderungsgesetzes blockiert.